

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 3 | Berlin, den 1. Februar 1938 | 19. Jahrgang

Die „unpolitische Linie“

Am 10. Januar trat Oberst Koc von der Leitung des „Lagers der nationalen Einigung“ zurück. Zu seinem Nachfolger wurde der soeben in den Ruhestand getretene General Stanislaw Skwarczynski ernannt. Der Rücktritt des Obersten Koc kam nach den Widerständen, auf die er mit seiner schwankenden politischen Taktik in den Kreisen der alten Pilsudskianhänger gestoßen war, nicht überraschend. Offiziell wurde sein Abtreten zwar mit Gesundheitsrücksichten begründet. Die polnische Presse aber war sich einig darin, daß Oberst Koc dem Gedanken der nationalen Einigung, dessen Verwirklichung seine Arbeit gegolten hatte, zum Opfer gebracht werden mußte. Der Aufgabe, die Einigkeit im alten Pilsudskilager, die er durch seine Versuche, mit den Oppositionsparteien in politische Tuchfühlung zu kommen, gestört hatte, wiederherzustellen, war Oberst Koc nicht mehr gewachsen; insbesondere gelang es ihm nicht mehr, die Spannungen, die seine politische Taktik im Legionärverband ausgelöst hatte, zu überbrücken. Ueberdies hatte sich Oberst Koc, indem er das „Lager der nationalen Einigung“ in die Atmosphäre der ideologischen, weltanschaulichen Erörterungen abgleiten ließ, in einen gewissen Gegensatz zu den maßgeblichen Militärkreisen gesetzt, die die Beibehaltung der „unpolitischen Linie“ des alten Pilsudskilagers verlangten.

Damit sind die vordringlichsten Aufgaben, vor die sich der neue Leiter des „Lagers der nationalen Einigung“ gestellt sieht, umrissen. General Skwarczynski, der, nebenbei bemerkt, ein polonisierter Armenier ist, ist, wie es scheint, ein Gegner aller, die Sphäre des Parteipolitischen berührenden Experimente. Das Lager, so hat er am 21. Januar in seiner über alle polnischen Sender verbreiteten Antrittsrede erklärt, kenne weder ein Links, noch ein Rechts, noch ein Zentrum. Verpflichtend für das Lager seien die Schriften und Taten des Marschalls Pilsudski, die Weisungen, die es von Marschall Rydz-Smigly erhalte, und die programmatische Erklärung des Obersten Koc vom Februar v. J. (wobei es bemerkenswert ist, daß die Erklärung des Obersten Koc von Skwarczynski an letzter Stelle genannt worden ist). Das bedeutet, daß der von Oberst Koc beschrittene Weg, diese oder jene oppositionelle Gruppe durch eine entsprechende ideologische Orientierung an das Lager heranzuziehen, von General Skwarczynski als ungeeignet abgelehnt wird. Aus diesem Grunde wird auch die Entwicklung der von Oberst Koc ins Leben gerufenen Jugendorganisation des Lagers von dessen neuem Leiter sehr kritisch beurteilt. Die Tendenzen dieses „Verbandes Junges Polen“, die sich sehr eng an nationalradikale Vorstellungen anlehnen, wollen nicht zu der „unpolitischen Linie“ passen, die General Skwarczynski einzuhalten gedenkt.

Was unter dem zunächst etwas unklaren Begriff der „unpolitischen Linie“ zu verstehen ist, hat die „Gazeta Polska“ vor kurzem in anderem Zusammenhange zu erklären versucht. „In dem heutigen Kurs (der polnischen Regierung)“, hat es in diesem Artikel u. a. geheißen, „kann jede soziale Gruppe Momente finden, welche ihr wenig entsprechen, doch wird sie gleichermaßen Dinge finden, welche sie offen oder insgeheim wird billigen müssen. Im schlimmsten Falle wird sie etwas finden, was ihren Gegnern zum Leidwesen gereicht und was ihr daher um so angenehmer erscheint“. Es ist das die Methode, jedem

möglichen Gegner wenigstens einen Teil des Windes aus den Segeln zu nehmen, z. B. die Judenfrage so zu handhaben, daß der Regierung von nationaldemokratischer Seite nicht der Vorwurf einer judenfreundlichen Gesinnung gemacht werden kann, oder die Deutschen in Polen so zu behandeln, daß der Vorwurf einer „ungenügenden Wachsamkeit" der Regierung gegenüber der „deutschen Gefahr" jederzeit widerlegt werden kann usf. Es ist das eine Methode, die grundsätzlich auf jede ideologische Ausrichtung im Sinne etwa des Totalismus oder der Demokratie, des Kapitalismus oder des Sozialismus usw. verzichtet. Es ist freilich nicht zu übersehen, daß die „unpolitische Linie" das taktische Ergebnis einer zur Tugend proklamierten innerpolitischen Verlegenheit ist, die sich aus der Tatsache ergibt, daß zwischen der Regierung und der Volksgemeinschaft eine durch keine vermittelnde Organisation ausgefüllte Lücke besteht.

Diese Lücke zwischen Regierung und Volksgemeinschaft soll nun durch das „Lager der nationalen Einigung" ausgefüllt werden. Vor der Haushaltskommission des Senates hat Ministerpräsident Skladkowski die Frage nach dem Verhältnis der Regierung zum „Lager der nationalen Einigung" dahin beantwortet, daß er von dem Augenblick träume, in dem das Lager so stark sein werde, daß es eine Organisation darstelle, die die Staatspolitik beeinflussen könne. General Skwarczynski scheint den Auftrag erhalten zu haben, das Lager, welches unter der Leitung des Obersten Koc in einen gewissen Gegensatz zur Regierungspolitik geraten war, der Regierung als Mittler zur Volksgemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Eine Uebereinstimmung zwischen Regierung und Lager setzt voraus, daß das Lager auf alle innerpolitischen Orientierungsexperimente verzichtet. Das bedeutet, daß sich das Lager damit begnügen muß, den alten „Unparteilichen Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung" in neuer Form wiederaufleben zu lassen, daß es keiner sozialen, weltanschaulichen und politischen Richtung alles, aber möglichst allen so viel gibt, daß sie bewogen werden, das Trennende geringer als das Verbindende zu achten. Es ist das eine Aufgabe, die weder Oberst Slawek als der Leiter des ehemaligen „Unparteilichen Blockes", noch Oberst Koc als der bisherige Leiter des „Lagers der nationalen Einigung" zu lösen vermocht hat.

„Die große Grenze"

Unter dem Titel „Die große Grenze. Streifzüge am Rande Europas" ist kürzlich ein umfangreiches Buch von Gerhard Schultze-Pfaelzer erschienen (Safari-Verlag, Berlin 1938. 379 Seiten. Mit 24 Bildern und einer Kartenskizze. Preis 5,80 RM.). Mit der „großen Grenze" ist die sich vom Nördlichen Eismeer bis zum Schwarzen Meer erstreckende sowjetische Westgrenze gemeint. Schultze-Pfaelzer macht den Versuch, die politischen Spannungen, die an dieser Grenze bestehen, und deren geschichtliche und völkische Hintergründe verständlich zu machen. Er wählt hierzu eine sehr anschauliche, leicht faßliche Form, die ihre Wirkung auf einen größeren Leserkreis nicht verfehlen wird. Seine Darstellungsart ist, den jeweils behandelten Themen angepaßt, verschieden: bildhafte Beschreibung, anekdotenhafte Erzählung, politisch-historische Reportage oder charakterisierende Betrachtung. Wer sich in der weitschichtigen Literatur, die dem deutschen Leser über Finnland, Estland, Lettland und Litauen, Polen, die Ukraine und Rumänien zur Verfügung steht, einigermaßen auskennt, dem bietet das Buch Schultze-Pfaelzers sachlich wenig Neues. Aber das ist auch offensichtlich nicht der Zweck dieses Buches. Seine Absicht ist es, das in der Literatur weit verstreute und daher nur wenigen gegenwärtige Material über diese Staaten und ihre Probleme in zusammenfassender und leicht lesbarer Form zu vermitteln.

Das ist das Verdienst dieses Buches. Oder vielmehr: man könnte das diesem Buch als Verdienst anrechnen, wenn es nicht eine große Anzahl politisch bedenklicher Fehler enthielte, und vor allem, wenn es nicht eine den Aufgaben der deutschen Ostpolitik in keiner Weise gerecht werdende Haltung einnähme. Was zunächst die sachlichen Fehler anlangt, so sind diese zum weitaus größten Teil in den Kapiteln zu finden, die sich mit Polen befassen. Es soll im Folgenden

eine größere Auswahl dieser Fehler angeführt werden. Der Verfasser befindet sich im Widerspruch zu wesentlichen Erkenntnissen auch der polnischen Geschichtswissenschaft, wenn er behauptet, das alte Polen sei als Staat an der „überspannten Kabinettspolitik" und nicht auch an seiner inneren Zersetzung, die er als „eine Erfindung der Rechtfertigungspropaganda der Teilungsmächte" (!) bezeichnet, zugrundegegangen (Seite 34). Der Inhalt der Novelle zum Ansiedlungsgesetz von 1904 ist falsch wiedergegeben (Seite 38). Die These, daß das Habsburgische Wien gegenüber den völkischen Bestrebungen seiner verschiedenen Nationen „wirklich neutral" gewesen sei, werden die Deutschen der Kronländer, vor allem die Sudetendeutschen, aber auch die Siebenbürger Sachsen schwerlich gelten lassen (Seite 39). Der slawische Stamm der Polanen hat zur Zeit der Entstehung des altpolnischen Staates weder am Bug, noch am Narew und erst recht nicht am Pripet gesessen (Seite 41). Daß „das sächsische Deutschtum", gemeint ist die deutsche Eliteeinwanderung zur Zeit der Sachsenkönige, in Polen „nicht mehr als ein paar elegante Erinnerungen hinterlassen" habe, ist ein beschämender Irrtum (Seite 53). Wenn die Zerreißung des oberschlesischen Industriegebietes durch Versailles mit der „Teilungstorheit des 18. Jahrhunderts" in Parallele gesetzt wird, so muß man auch hier wieder eine weitgehende Unkenntnis der Umstände, die seiner Zeit zum Untergange Polens führten, und vor allem eine moralische Diskriminierung des Vertrages von 1772 feststellen, der das alte Ordensland Westpreußen und den deutschen Netzedistrikt von der polnischen Herrschaft befreite (Seite 54). Die nach dem Sturz des Zarentums entstandene demokratische russische Republik hat nicht, wie Schultze-Pfaelzer meint, auf Polen verzichtet, sondern in der Proklamation vom 28. März 1917 lediglich dem Gedanken eines „freien Polen" zugestimmt — vorbehaltlich der von der russischen Konstituante über die Grenzänderungen später zu treffenden Entscheidungen (Seite 66). Mit der Bemerkung, daß der Hafenbau in Gdingen „einfach Zauberei" sei, ist der der deutschen Oeffentlichkeit notwendigen Kenntnis der volkswirtschaftlichen Hintergründe und machtpolitischen Motive dieses Baues wenig gedient (Seite 81). Es widerspricht den Tatsachen und dient nur der polnischen Propaganda, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß es vor der sogenannten Teilung Polens in den Nordwestgebieten des heutigen polnischen Staates verhältnismäßig nicht mehr Deutsche gegeben hätte, als es heute, nach 18 Jahren intensivster polnischer Entdeutschung, dort gibt (Seite 82). Ueber die militärischen Kräfteverhältnisse im polnisch-russischen Krieg von 1920 hätte sich der Verfasser bei Pilsudski, Tuchatschewski oder Agricola unterrichten können (Seite 84). Zur Zeit des zweiten polnischen Aufstandes in Oberschlesien gab es noch keine „Apo" (Abstimmungspolizei); diese wurde erst im Gefolge des zweiten Aufstandes, nach Auflösung der den Polen unangenehmen Sicherheitspolizei, von der Interalliierten Kommission geschaffen (Seite 98).

Noch einige Beispiele: Es ist nicht bekannt, wo es im Ruhrgebiet bergbauliche Großsiedlungen geben soll, „die bei Volksabstimmungen glatte polnische Mehrheiten erzielen könnten" (Seite 99). Es ist ein Irrtum, daß Warschau in der oberschlesischen Aufstandszeit die Haßpropaganda Korfantys „mehrfach in ehrlicher Sorge zu bremsen versuchte" (Seite 99). Es läßt sich auch mit den Tatsachen nicht vereinbaren, wenn Warschau von der Mitverantwortung für die Greueltaten der polnischen Aufständischen durch die Behauptung entlastet wird, daß nur Le Rond und Korfanty die historische Schuld tragen, aber „nicht der nationalpolnische Staat, der für diese Methoden des Wahnsinns nicht verantwortlich war" (Seite 104). Der Begriff der Umvolkung wird in völlig unverständlichem Sinne angewandt (Seite 110). Die Mitteilungen über die polnische Agrarreform sind zum Teil mißverständlich (Seite 111). Die Redensart von einer „agrarischen Schicksalsgemeinschaft des nahen Ostens, an der Deutsche, Polen, Balten (!?) und noch andere (!) teilnehmen", läßt entscheidende soziologische und agrarstruktuelle Unterschiede außer Betracht (Seite 114). Die sachlich unhaltbare und begrifflich unrichtige Bemerkung, daß das deutsche und das polnische Volk „in den 1000 Jahren, seit es deutsch-polnische Grenzen gibt", nur zweimal auf großen Feldzügen zusammengestoßen seien, entspringt einer modischen Psychose, die sich mit falschen Argumenten bemüht, den an sich vielleicht richtigen Gedanken einer gewissen deutsch-polnischen Schicksalsparallelität zu vertreten; vor allem übersieht diese Bemerkung, daß sich der Kampf zwischen Deutschtum und Polentum durch die Jahrhunderte weniger auf kriegerischem, als auf volks-

politischem Gebiete abgespielt hat (Seite 116). Die weitere Behauptung, daß es bei den erwähnten beiden Kriegen (Tannenberg 1410 und Warschau 1656) „nicht um die Existenz des polnischen Staates, sondern um eine begrenzte Streitfrage ging", läßt die Tatsache außer Betracht, daß die Frage nach der Daseinsberechtigung eines polnischen Staates durch die Jahrhunderte immer wieder aufgetaucht und von starken Faktoren immer wieder verneint worden ist (Seite 116).

Schließlich sollen noch folgende Beispiele angeführt werden: Die Amtssprache des altlitauischen Staates war Weißrussisch, nicht Russisch (Seite 128). Wozu die Herabsetzung des Deutschen Ordens! (Seite 128). Memel kam nicht erst durch den Frieden am Melnosee 1422 unter preußisch-deutsche Herrschaft, es wurde 1252 vom Schwertbrüderorden gegründet (Seite 132). Nicht „das europäische Mitgefühl", sondern die polnische Propaganda hat aus Murawjew, der als Gouverneur der Nordwestgebiete den polnischen Aufstand von 1863 liquidierte, den „Henker Litauens" gemacht (Seite 134). Litauen war 1923 als Staat schon längst de jure und de fakto anerkannt (Seite 166). Das polnisch-litauische Verhältnis wird allzu unreal-romantisch und propolnisch beurteilt (Seiten 182, 184, 185). Daß die Abwehr des Bolschewismus in den Randstaaten „großzügig durchorganisiert" ist, trifft wohl für Estland, bestimmt aber nicht für Lettland und auch nur beschränkt für Litauen zu (Seite 223). Daß die deutschen Freikorpskämpfer im Baltikum als „Söldner und Siedler" bezeichnet werden, hört sich als Stabreim gut an, stellt aber im ersten Teil eine Beleidigung dar (Seite 259). Das vorbehaltlose Lob für Paul Schiemann, der sich zu einem geistigen Emigranten und Hetzer gegen das Reich entwickelt hat, dürfte fehl am Platze sein (Seite 232). Die Hallertruppen wurden 1919 nicht über Danzig nach Polen befördert; dieser Plan scheiterte an der strikten deutschen Weigerung (Seite 310). Wozu die moralische Diffamierung der Ukrainer zugunsten der Polen! (Seiten 325, 329). Daß die Madjarisierungspolitik des ungarischen Staates nicht „die erfolgloseste" war, beweist die Statistik (Seite 334). „Daß die Deutschen Rumäniens jetzt schon stärker sind als die Deutschen in Polen", wird man allerdings mit Erstaunen lesen, da man doch weiß, daß es in Rumänien etwa 800 000, in Polen aber an die 1 200 000 Deutsche gibt (Seite 342).

Soviel von den sachlichen Irrtümern des Buches! Bedauerlicherweise hat sich der Verfasser stets zu Ungunsten der deutschen Seite und, fast könnte man sagen: bezeichnenderweise fast stets zu Gunsten der polnischen Seite geirrt. Damit kommt man zum zweiten Teil der Kritik, die an diesem Buche geübt werden muß: Von der politischen Potenz, die in der Tatsache des Vorhandenseins eines mehrere Millionen starken Deutschtums im östlichen Mitteleuropa liegt, wird keine Kenntnis genommen. Es ist von diesem Deutschtum, seiner geschichtlichen Leistung und gegenwärtigen Lage, wenn überhaupt, nur am Rande die Rede, obwohl sich sehr vieles, was im östlichen Mitteleuropa an geistigen Kräften, wirtschaftlichen Realitäten und politischen Tendenzen vorhanden und für die Wahrung der „großen Grenze" gegen den Bolschewismus von schwerwiegender Wichtigkeit ist, ohne Berücksichtigung dieses Deutschtums überhaupt nicht begreifen läßt. Wenn es eine Schicksalsgemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und den Völkern des ostmitteleuropäischen Raumes gibt, dann kann man sie nur (wie es Dr. Kurt Lück in seinem Werke „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens" getan hat) von der Seite der geschichtlichen deutschen Leistung her, nicht aber mit Legenden wie der vom „1000jährigen deutsch-polnischen Frieden" glaubhaft machen. Merkwürdig ist es auch, daß wenig davon zu merken ist, daß der Verfasser eine besondere Aufgaben stellende deutsche Verpflichtung gegenüber dem östlichen Mitteleuropa erkennt. Für ihn ist Polen offenbar ein Faktor, der dazu berufen ist, diesen Raum zur Rettung Europas vor dem Bolschewismus unter seiner Führung und unter Ausschluß der deutschen Aktivität zu organisieren. Für ihn ist das Brühlsche Palais in Warschau „die Zentrale der osteuropäischen Diplomatie", wo „fortan eine bessere Politik getrieben wird, als sie der sächsisch-polnische Kabinettsminister Graf Brühl zusammenintriguierte (!)" (Seite 53). Von einer solchen Grundauffassung aus, die in dem Buche immer wieder zum Durchbruch kommt, ist es natürlich kaum möglich, den Gedanken auszusprechen, daß „die Entscheidungen im Osten deutsche Entscheidungen sein werden und müssen." Wenn man diesen Gedanken aber leugnet oder nicht sieht

oder sich auch bloß nicht auszusprechen getraut, dann bedeutet das den geistigen Bankrott der deutschen Ostpolitik. Wer dem deutschen Volke aber eine europäische Aufgabe zuspricht, muß in bezug auf die große Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus den ostmitteleuropäischen Raum in einen engen Zusammenhang mit den geistigen, wirtschaftlichen und politischen Kräften des deutschen Kernraumes bringen. Der Verfasser aber setzt, indem er sich bemüht, die Staaten und Völker des ostmitteleuropäischen Raumes, vor allem Polen, als die voll befähigten Gegenkräfte gegen den Bolschewismus hinzustellen, und indem er Existenz und Leistung des Deutschtums in diesem Raume übersieht, der deutschen Politik den Stuhl vor die Tür.

Es wäre die Aufgabe eines deutschen Buches über „die große Grenze" gewesen, nicht nur auf die Gegenkräfte, die die Staaten und Völker des ostmitteleuropäischen Raumes gegen den Bolschewismus entwickeln, sondern auch auf die breiten Einbruchsflächen hinzuweisen, die diese Staaten und Völker dem bolschewistischen Angriff bieten, sei es durch die Ungefestigtheit ihrer geistigen Haltung (wie Lettland), sei es durch ihre außenpolitischen Freundschaften (wie Litauen), sei es durch die Mängel ihrer sozialen Struktur und die kulturell nivellierende Tendenz ihrer entnationalisierenden Volksgruppenpolitik (wie Polen) usf. Wäre die Betrachtung des Buches auch auf diese Seite des Problems ausgedehnt worden, dann hätte es sich ergeben, daß „die große Grenze" nicht am 30. Grad östlicher Länge verläuft, sondern in dieser oder jener Form bis an die Grenze des Deutschen Reiches heranreicht. Eine solche Betrachtung hätte auch die Berücksichtigung der in dem vorliegenden Buch nicht behandelten Tschecho-Slowakei notwendig gemacht; sie wäre durch deren Einbeziehung besonders überzeugend geworden. In der vorliegenden Form ist das Buch trotz seiner gewandten Form und trotz seines großen informatorischen Wertes nicht als ein Buch zu werten, das der deutschen politischen Willensbildung in dem möglichen und notwendigen Ausmaße dient.

Dr. K.

Polens Verhältnis zu Danzig

Danzig ist ein tägliches Gesprächsthema der polnischen Presse. Es scheint dieser Presse unmöglich zu sein, über Danzig in einem anderen, als in einem unfreundlichen, wenn nicht gehässigen Tone zu schreiben, und nahezu jede Betrachtung, die in der polnischen Presse über Danzig erscheint, läuft darauf hinaus, daß die deutschen Regungen Danzigs beschnitten und die polnischen Einflüsse in Danzig verstärkt werden müssen. Bald wird „die Auflösung der hitlerischen Stoßtrupps in Danzig" verlangt („Polonia" vom 13. Dezember v. J.); bald wird gegen die „Annäherung Danzigs an Deutschland" Einspruch erhoben („Ilustrowany Kuryer Codzienny" vom 25. Dezember v. J.). Einmal wird Danzig als „die gepanzerte Faust Deutschlands an der Kehle Polens" bezeichnet („Warszawski Dziennik Narodowy" vom 17. Dezember v. J.), oder es wird behauptet, daß die Danziger Zeitungen, Schulen und Organisationen „bewußt und planmäßig Haß gegen alles Polnische und Katholische säen" („Kurjer Warszawski" vom 3. Januar d. J.). Dann wieder wird die Forderung aufgestellt, daß der Luftschutz in Danzig der entsprechenden polnischen Organisation unterstellt werden muß, da Polen durch Beschluß des Völkerbundes berufen sei, die Verteidigung Danzigs bei drohender innerer oder äußerer Gefahr zu übernehmen („Polonia" vom 2. Januar d. J.); und so fort in endloser Folge. Gegen die polnische Regierung aber wird von der oppositionellen Presse der Vorwurf erhoben, daß sie die polnischen Interessen in Danzig nicht mit genügendem Nachdruck vertrete. Man müsse feststellen, hat es z. B. in der „Polonia" am 9. November v. J. geheißen, „daß, wenn sich die Verhältnisse in Danzig zu unsern (also zu polnischen) Ungunsten geändert haben, dies fast ausschließlich die Schuld der polnischen Politik ist, die mit sonderbarer Schwäche alle Verfassungsänderungen, die sich in Danzig vollzogen, gestattet hat." Der polnische Außenminister, so hat der „Kurjer Poznański" am 21. Januar d. J. geschrieben, habe versäumt, während des Danziger Konfliktes mit dem früheren Völkerbundskommissar Lester „den Eigenwillen der Hitlerleute in Danzig zu zähmen", er habe in Genf vielmehr „die Rolle eines Sekundanten Danzigs gespielt. . ."

Angesichts dieser unerfreulichen Haltung der polnischen Presse ist es begrüßenswert, daß der polnische Außenminister sein Erscheinen vor dem Auswärtigen Aus-

schuß des Sejm am 10. und 11. Januar d. J. dazu benutzt hat, um sich über die Einstellung der polnischen Regierung gegenüber Danzig zu äußern. Oberst Beck hat sich in seinen Ausführungen um eine Beruhigung der öffentlichen Meinung Polens bezüglich der Danziger Frage bemüht und gegenüber den Vorwürfen der Oppositionspresse betont, daß es hinsichtlich der wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig sowie bezüglich der Lage des polnischen Volkssplitters in der Freien Stadt keinen Anlaß zu Befürchtungen gebe; es könne keine Aenderung der Lage zum Nachteile Polens festgestellt werden. So wie Polen einerseits seine wirtschaftlichen Interessen in Danzig verteidige und weiter verteidigen werde, so hege er andererseits gegen Danzig auch keine Unfreundlichkeit; man sei mit sachlichen Methoden bemüht gewesen, die auftauchenden Schwierigkeiten zu meistern. Oberst Beck hat dabei insbesondere auf die im Januar v. J. vereinbarte Verlängerung des Vertrages über die Ausnutzung des Danziger Hafens um drei weitere Jahre, auf die verschiedenen Erklärungen des Danziger Senates betreffend die Achtung und Anerkennung der polnischen Rechte in Danzig, auf das im Herbst v. J. abgeschlossene Sozialversicherungsabkommen zwischen Danzig und Polen, auf die Erledigung des Schulstreites, der im September v. J. die polnischen Gemüter mächtig erregte, und auf die Regelung verschiedener Wirtschaftsfragen verwiesen.

Sodann hat sich Oberst Beck gegen die allzu lärmvolle Erörterung der Danziger Frage seitens gewisser politischer Kreise Polens gewandt. Man unterschätze (das ist der Sinn seiner diesbezüglichen Ausführungen gewesen) die Möglichkeiten, die Polen gegenüber Danzig besitze, und man störe nur das unbemerkte, schrittweise Vordringen des polnischen Einflusses in Danzig, wenn man die öffentliche Meinung Polens wegen der „Bedrückung" des polnischen Volkssplitters und der „Zurückdrängung" der polnischen Interessen durch die innerpolitische Stabilisierung in Danzig in Alarmzustand versetze und durch solche propagandistische Angriffe auf Danzig zugleich auch die öffentliche Meinung Deutschlands errege. In diesem Sinne hat Oberst Beck von der „ungewöhnlichen Vertiefung des polnischen Verständnisses für die Meeresprobleme" als von einem positiven und von den nervösen Reaktionen der polnischen Propaganda auf manche Vorgänge in Danzig als von einem negativen Element der polnischen Politik gegenüber Danzig gesprochen. Im übrigen hat er betont, daß er sich eine Regierung, die die Frage der polnischen Rechte in Danzig nicht als einen beständigen und unantastbaren Bestandteil ihrer Politik ansehe, nicht vorstellen könne.

Die Schlußfolgerungen, die aus den Ausführungen des polnischen Außenministers zur Danziger Frage zu ziehen sind, lassen sich in folgenden Punkten erfassen. Die Danziger Angelegenheit wird von der polnischen Politik weiterhin als eine der für Polen bedeutsamsten Fragen bewertet. Die Tatsache, daß es dank der nationalsozialistischen Initiative gelungen ist, den Völkerbund als Mittler in den Streitfragen zwischen Danzig und Polen auszuschalten, wird von der polnischen Politik als „ein grundsätzlicher Fortschritt" betrachtet. Daß im Verfolg dieser Tatsachen das Deutsche Reich als der an der Entwicklung Danzigs zunächst interessierte Partner Polens anerkannt werden muß, wird von ihr als ein unerfreuliches, aber unvermeidliches Uebel empfunden. In der Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Danziger Innenpolitik erblickt die polnische Politik keine Gefährdung der Rechte des polnischen Volkssplitters in Danzig, da sie sich für stark genug hält, über die Einhaltung dieser Rechte zu wachen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die polnische Politik auf eine schrittweise Mehrung des polnischen Einflusses in Danzig bedacht, und sie ist angesichts der besonderen wirtschafts- und devisenpolitischen Lage des Deutschen Reiches überzeugt, das Schwergewicht des polnischen Hinterlandes auf den Hafen- und Handelsplatz Danzig nachhaltig zur Wirkung bringen und die wirtschaftliche Position Polens in der Freien Stadt fortschreitend ausbauen zu können. Vor allem liegt es der polnischen Politik vollkommen fern, irgendeine der Positionen, die sie in früheren Jahren auf unrechtmäßige Weise und oft genug entgegen den Entscheidungen der Völkerbundsstellen erobert hat, der Verständigung mit Deutschland-Danzig zum Opfer zu bringen.

Soweit etwa Meinungsverschiedenheiten zwischen den verantwortlichen Faktoren der polnischen Politik und den inoffiziellen Trägern der polnischen Propaganda in bezug auf die Danziger Frage bestehen, beziehen sie sich weniger auf das von Polen zu

erstrebende Ziel als auf die Frage nach der größeren oder geringeren Lautstärke, mit der die Danziger Frage von polnischer Seite zweckmäßigerweise propagiert werden soll. Es soll gern zugegeben werden, daß in letzter Zeit zwei öffentliche Kundgebungen gegen Danzig, einmal in Warschau, das andere Mal in Gdingen, mit Rücksicht auf den schlechten Eindruck, den sie in Danzig und im Deutschen Reiche hätten hervorrufen müssen, behördlich untersagt worden sind. Es soll auch erwähnt werden, daß erst kürzlich in der „Polska Informacja Polityczna", dem Informationsdienst des polnischen Außenministers, „die innere Autonomie der deutschen Bevölkerung Danzigs" als „eine ethnische Notwendigkeit, die sich aus dem nationalen Gesicht dieser Bevölkerung ergibt", anerkannt worden ist. Es muß aber mit um so größerer Betonung folgendes festgestellt werden: 1. Die polnische Presse läßt sich durch solche gelegentliche Aeußerungen von amtlicher Seite in ihrer grundsätzlich anderen Einstellung gegenüber Danzig nicht im geringsten beirren. 2. Die wahrheitswidrigen Behauptungen über die geschichtliche Rolle und die gegenwärtige Rechtsstellung der Freien Stadt, die von der landläufigen Propaganda in Polen verbreitet werden und die in der polnischen Oeffentlichkeit die aufreizende Vorstellung erwecken müssen, das Danzig nur durch deutsche Intriguen an einer „Wiedervereinigung mit dem polnischen Mutterlande" (!) gehindert werde, sind von verantwortlicher Stelle noch niemals in eindeutiger und kategorischer Form richtiggestellt und als mit der Linie der polnischen Politik unvereinbar abgelehnt worden. Und 3. Die polnische Politik hat auf keine der Forderungen, die von ihr während der Versailler Diktatskonferenz bezüglich einer Unterordnung Danzigs unter die Befehlsgewalt Polens vorgebracht wurden, ausdrücklich verzichtet; insbesondere erkennt die polnische Politik, trotzdem sie praktisch den politischen Tatsachen Rechnung tragen muß, die Freie Stadt Danzig grundsätzlich nicht als ein souveränes Staatswesen an.

Wäre das anders, dann hätte Oberst Beck es wohl kaum unterlassen, dem Abgeordneten Surzynski entgegenzutreten, der im Verlauf der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß des Sejm die Behauptung aufgestellt hat, daß die Behandlung der Danziger Fragen nicht in das Ressort des polnischen Außenministers, sondern in das Amtsbereich des polnischen Finanz-, Kriegs- oder Wirtschaftsministers gehöre, daß Danzig für Polen also keine auswärtige, sondern eine innerpolitische Angelegenheit sei! Es muß auch erwähnt werden, daß von der polnischen „See- und Kolonialliga", die sich der regsten Unterstützung seitens verantwortlicher Regierungsstellen erfreut, erst vor kurzem unter dem Titel „Danziger ABC" eine Propagandaschrift herausgebracht worden ist, in der die wirtschaftliche Annektion, die politische Auffaugung und die völkische Polonisierung Danzigs klar und eindeutig als die Ziele der polnischen Politik herausgestellt werden. Es ist auch interessant zu erfahren, daß die englische Ausgabe einer polnischen Publikation, die die gleichen Thesen von der „kunstgeschichtlichen" Seite her zu vertreten versucht, nämlich des Buches von Jan Kilarski „Danzig", vom polnischen Kriegsministerium besorgt worden ist. Offensichtlich handelt man in Polen gegenüber Danzig nach dem bewährten Grundsatz, „daß die linke Hand nicht zu wissen braucht, was die rechte tut". Mehr Klarheit und Offenheit würde dem deutsch-polnischen Verhältnis zweifellos förderlich sein.

Was ist völkischer Grenzkampf? Er ist die an den gefährdetsten Abschnitten des völkischen Lebensraumes entwickelte Form der Selbstbehauptung. Grenzkampf ist eine naturnotwendige Funktion jedes geschichteschaffenden Volkes. Nur Fellachenvölker, nur geschichtslose Völker brauchen keinen Grenzkampf mehr zu führen. Der Grenzkampf ist eine immerwährende Erscheinung des volksgeschichtlichen Lebens. Volksgeschichte ist in ihrem elementarsten Teil Grenzkampfgeschichte. Die Großform des Grenzkampfes ist der Krieg. Doch ist der Krieg keineswegs immer die entscheidende Form der grenzkämpferischen Auseinandersetzung.

Kleo Pleyer.

Bevölkerungsbewegung im Osten

Die Bevölkerungsdynamik des ostmitteleuropäischen Raumes ist von größtem Gewicht für das Schicksal des dort siedelnden Deutschtums. Im nachfolgenden Ueberblick werden die Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten- und Geburtenüberschuß- bzw. Sterbeüberschußziffern auf je 1000 Einwohner) angegeben. Die Sterbeziffern sind nicht besonders ausgewiesen, ergeben sich aber leicht durch Subtraktion der Geburtenüberschußziffern von den Geburtenziffern.

Gebiete	Geburtenziffern				Geburtenüberschußziffer (Sterbeüberschußziffer —)				Bevölkerungsdichte je 1 qkm nach der letzten bereits fortgeschriebenen Zählung
	1933	1934	1935	1936	1933	1934	1935	1936	
Ostpreußen	20,2	23,3	23,9	24,1	8,2	11,3	10,7	11,6	63
Pommern	17,3	20,6	21,3	21,4	5,7	8,9	8,7	9,2	64
Grenzmark Posen-Westpr.	19,2	22,3	23,4	22,9	7,2	10,8	11,1	11,2	44
Brandenburg (ohne Berlin)	13,5	17,2	18,1	18,2	1,4	5,0	5,0	5,1	70
Niederschlesien	16,2	19,6	20,1	19,9	3,6	7,4	7,3	7,5	120
Oberschlesien	22,6	26,0	26,6	25,8	10,8	14,4	13,9	13,5	153
Land Sachsen	11,3	14,4	15,3	15,0	0,6	4,0	4,0	3,6	321
Bayern r. d. Rheines	16,6	18,9	19,9	20,2	4,5	7,1	6,6	7,3	86
Deutsches Reich	14,7	18,0	18,9	19,0	3,5	7,1	7,0	7,2	143
Danzig	19,0	21,8	22,9	22,4	7,5	10,1	10,5	10,5	216
Oesterreich	14,3	13,5	13,2	13,1	1,1	0,8	—0,4	—0,1	81
Litauen	25,7	24,8	23,3	24,1	12,2	10,2	9,4	10,8	45
Lettland	17,8	17,1	17,6	18,1	4,2	3,2	3,4	4,0	30
Estland	16,2	15,4	15,9	16,1	1,5	1,3	0,9	0,5	24
Finnland	17,4	18,1	18,5	—	4,5	5,7	6,5	—	9,7
Polen	26,5	26,5	26,1	26,1	12,3	12,1	12,1	11,9	87
Tschecho-Slowakei	19,2	18,7	17,9	17,4	5,5	5,5	4,4	4,1	108
Ungarn	22,0	21,9	20,9	20,0	7,3	7,4	5,7	5,8	96
Südslawien	31,4	31,5	—	—	14,5	14,5	—	—	60
Rumänien	32,0	32,4	30,7	31,5	13,3	11,7	9,5	11,7	65
Bulgarien	29,1	30,0	26,2	25,6	13,6	15,9	11,8	11,5	60

Die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik hat im Deutschen Reich und in sämtlichen ostdeutschen Landesteilen seit 1934 einen deutlichen Umschwung der Bevölkerungsbewegung erreicht, der in steigenden Geburten- und Geburtenüberschußziffern zum Ausdruck kommt. Den höchsten Geburtenstand und die höchsten Geburtenüberschußziffern haben die Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen. An dritter Stelle folgt die Grenzmark Posen-Westpreußen. Pommern und Niederschlesien haben ebenfalls noch höhere Ziffern als im Reichsdurchschnitt, meist auch Bayern rechts des Rheins. Unter dem Reichsdurchschnitt verlaufen die Kurven in Brandenburg und noch mehr im Lande Sachsen. Es fällt auf, daß im Jahre 1936 gegenüber 1935 in den meisten Ostlandesteilen ein Stillstand oder gar ein Rückgang in der Geburtenbewegung eingesetzt hat, wogegen die Reichsdurchschnittsziffer noch etwas gestiegen ist. Um so erfreulicher ist, daß infolge starker Verringerung der Sterblichkeit die Geburtenüberschußziffern im allgemeinen 1936 noch etwas günstiger liegen als 1935.

Der bevölkerungspolitische Schwung des Reiches hat auch Danzig erfaßt. Davon zeugen die allgemein steigenden Geburten- und Geburtenüberschußziffern, die den Reichsdurchschnitt beträchtlich übersteigen. Um so dunkler hebt sich von diesem hoffnungsvollen Hintergrunde die Bevölkerungsbewegung Oesterreichs ab, das im Geburtenrückgang an der Spitze sämtlicher Länder der Welt marschiert. Seit 1935 hat sich der geringe Geburtenüberschuß in einen Sterbeüberschuß verwandelt.

Litauens Geburten- und Geburtenüberschußbewegung war bis 1935 durch eine absinkende Tendenz gekennzeichnet, läßt aber 1936 eine nicht unerhebliche Besserung erkennen. Die litauischen Kurven verlaufen oberhalb des Reichsdurchschnitts, doch hat das benachbarte Ostpreußen im Jahre 1936 die litauische Geburtenziffer erreicht, während es mit seiner Geburtenüberschußziffer schon seit 1934 erheblich über der litauischen Ziffer liegt. Die Geburten- und Geburtenüberschußbewegung Lettlands ist erheblich geringer als die Litauens, lag aber 1933 noch oberhalb der reichsdeutschen Bewegung. Seither ist sie, allerdings mit leichtem Anstieg im Jahre 1936, hinter der reichsdeutschen Kurve zurückgeblieben. Noch ungünstiger ist die

natürliche Bevölkerungsbewegung in Estland. Im Jahre 1936 ist zwar die Geburtenziffer etwas gestiegen, die Geburtenüberschußziffer aber infolge sehr erhöhter Sterblichkeit zurückgegangen. Finnlands Geburtenbewegung war 1933 erheblich günstiger als der Reichsdurchschnitt; auch 1934 war sie noch etwas höher; im Jahre 1935 stieg aber die reichsdeutsche Geburtenziffer stärker an als die finnische, so daß diese nun niedriger liegt als der Reichsdurchschnitt. Die Geburtenüberschußbewegung verlief ähnlich. War die finnische Geburtenüberschußziffer der reichsdeutschen Ziffer im Jahre 1933 noch erheblich überlegen, so war die Steigerung in den folgenden Jahren im Reich doch stärker als in Finnland. Bemerkenswert ist immerhin, daß im großen Durchschnitt auch die Geburtenbewegung der baltischen Staaten leicht aufwärts gerichtet ist. Doch wird man den reichsdeutschen Umschwung im Vergleich lediglich mit den baltischen Staaten — außer Litauen — als ausreichend bezeichnen dürfen.

Ganz anders stellt sich der Vergleich mit Polen. Wenn man bedenkt, daß die polnische Geburtenziffer sich im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1929 auf 33,6 stellte, 1933 und 1934 nur noch 26,5, 1935 und 1936 sogar nur noch 26,1 betrug, so ist der starke Geburtenrückgang in Polen unverkennbar. Es ist aber die Tendenz zu einem weiteren Rückgang schwächer geworden, was sich deutlich in den Ziffern seit 1933 ausprägt. Nichts darf über die Tatsache hinweg täuschen, daß sowohl die polnischen Geburten- als auch die Geburtenüberschußziffern noch sehr viel höher sind als die reichsdeutschen Ziffern. Auch hat keine einzige ostdeutsche Provinz, abgesehen von Oberschlesien im Jahre 1935, eine gleich hohe Geburtenbewegung, wie sie sich im polnischen Durchschnitt ergibt. Dagegen hat Oberschlesien (aber auch nur diese eine Provinz!) seit 1934 höhere Geburtenüberschußziffern als Polen. Der polnische Staat gehört nach wie vor zu den Gebieten mit stärkster natürlicher Bevölkerungsbewegung, die allerdings zum erheblichen Teil den Ukrainern und Weißrussen zu verdanken ist. Bemerkenswert bleibt in diesem Gesamtbild, daß — anders als im Deutschen Reich und abgeschwächt auch in den baltischen Ländern — Anstiegstendenzen sich noch nicht geltend machen.

Scharf ausgeprägt ist der Geburtenrückgang in der Tschecho-Slowakei, deren Geburtenziffern seit 1935 und deren Geburtenüberschußziffern bereits seit 1934 stark hinter der reichsdeutschen natürlichen Bevölkerungsbewegung zurückgeblieben sind. In der Geburtenbewegung stehen die benachbarten reichsdeutschen Ostgebiete Oberschlesien, Niederschlesien und Bayern rechts des Rheins erheblich günstiger als die Tschecho-Slowakei, während Sachsen an die tschecho-slowakischen Geburtenziffern noch nicht herangekommen ist. Aehnlich verhält es sich mit der Geburtenüberschußbewegung. Die Geburtenbewegung Ungarns zeigt Rückgangsneigungen, verläuft aber auch nach 1936 in höheren Lagen als der reichsdeutsche Durchschnitt. Schärfer ist der Rückgang der ungarischen Geburtenüberschußbewegung ausgeprägt, vorwiegend veranlaßt durch erhöhte Sterblichkeit. Seit 1935 übersteigen die reichsdeutschen Geburtenüberschußziffern diejenigen Ungarns beträchtlich. Südslawien, Rumänien und Bulgarien gehören nach wie vor zu den Ländern mit sehr hohen Geburtenziffern. Infolge gleichfalls hoher Sterblichkeit sind die Geburtenüberschußziffern zwar etwas vermindert, dennoch weit höher als die reichsdeutschen Geburtenüberschußziffern. Gegenüber Südslawien und Rumänien ist der Geburtenrückgang in Bulgarien weit schärfer ausgeprägt. — Die letzte Spalte der obigen Tabelle enthält die Bevölkerungsdichte (Einwohner auf 1 Quadratkilometer). Die größere Raumenge des Deutschen Reiches gegenüber allen anderen aufgeführten Staaten Ostmitteleuropas tritt klar hervor.

Faßt man die natürliche Bevölkerungsbewegung im ostmitteleuropäischen Raum seit 1933 zusammen, so hat sich im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem reichsdeutschen Osten einerseits, den baltischen Ländern (ohne Litauen) und der Tschecho-Slowakei andererseits langsam die Herstellung des erforderlichen Gleichgewichts ergeben, während die Ueberlegenheit der natürlichen Bevölkerungsbewegung Polens und der meisten südosteuropäischen Staaten fortbesteht. Dabei scheint einer weiteren Aufstiegsneigung im Deutschen Reich eine, wenn auch geringe, Abstiegsneigung in den letztgenannten Staaten gegenüber zu stehen. Zu bedenken bleibt aber, daß der reichsdeutsche Volkskörper im Verhältnis zu den Bevölkerungskörpern dieser Staaten weit mehr überaltert ist, daß also ein Vergleich „bereinigter“ Bevölkerungsbewegungsziffern zu einem weniger günstigen Ergebnis führen würde, als

es die in diesem Aufriß benutzten „unbereinigten" Ziffern erkennen lassen. Für alle, vorzüglich aber für die am Schicksal des ostmitteleuropäischen Raumes interessierten Kreise ergibt sich daher die nach wie vor weiter bestehende völkische Verpflichtung zu erhöhter biologischer Aktivität. Dr. Heinz Rogmann.

Kampf um Schule und Kirche

Im April 1937 hat der vor zwei Jahren begonnene Neubau des deutschen Privatgymnasiums und der deutschen privaten Volksschule in Bromberg kurz vor der Fertigstellung des Rohbaues auf Anordnung der polnischen Behörden eingestellt werden müssen. Mit der rechtzeitigen Fertigstellung des Neubaues ist der Fortbestand der deutschen Schulen Brombergs verknüpft, da die polnischen Behörden die Schließung der von den beiden deutschen Anstalten bisher benutzten Gebäude angekündigt haben. Alle Anträge und Erinnerungen sowie persönlichen Interventionen bei den Behörden sind erfolglos geblieben. Auch die Eröffnung des polnischen Privatgymnasiums in Marienwerder hat die polnische Seite nicht dazu veranlassen können, die Genehmigung zur Fortführung der Bauarbeiten zu geben. Die „Deutsche Rundschau in Polen" hat zu diesem Fall u. a. geschrieben: „Wenn es einen Fall gibt, der mit dem Geist der Volksgruppen-Erklärung schlechtweg unvereinbar ist, so ist es der Fall des Neubaus des deutschen Privatgymnasiums und der deutschen Volksschule in Bromberg. Wir können daher nur annehmen, daß hier ein uns freilich unbegreifliches Mißverständnis vorliegt, dessen unverzügliche Beseitigung nicht nur dem Wortlaut der feierlichen Erklärung entspräche, sondern auch dem Geist der letzten Rede des Außenministers Beck. Zahlreiche deutsche Eltern und mit ihnen die gesamte deutsche Volksgruppe erwarten, daß sie nunmehr beschleunigt von der bangen Sorge um die Zukunft ihrer Kinder befreit werden."

Für die Behandlung, die das deutsche Schulwesen in Wolhynien seitens der polnischen Behörden erfährt, sind drei Beispiele bezeichnend. In der deutschen Kolonie Topcza wurde im Jahre 1936 ein neues deutsches Privatschulgebäude errichtet. Die Schule steht seit anderthalb Jahren leer, da die Wojewodschaftsverwaltung ohne Angabe von Gründen die Benutzung des neuen Gebäudes verweigert. 80 deutsche Kinder müssen daher die in ungesunden und engen Räumen untergebrachte polnische Staatsschule besuchen. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in der deutschen Kolonie Neudorf. Dort wurde das im Jahre 1933 neu errichtete deutsche Schulgebäude auf Anordnung der Wojewodschaftsverwaltung versiegelt, so daß seit fast fünf Jahren über 100 deutsche Kinder ohne jeden Schulunterricht sind! Die deutsche Gemeinde in Rozyszcze-Wolnianka in Wohlhynien wollte ihre bisherige einklassige deutsche Privatschule in eine fünfklassige Schule erweitern und das dazu notwendige Schulgebäude errichten. Das Wojewodschaftsamt aber lehnte den von der Gemeinde eingereichten Bauplan mit der Begründung ab, daß eine solche Schule „nicht notwendig" sei. Dabei wird die bestehende einklassige deutsche Schule bereits von mehr als 100 deutschen Kindern besucht, während weitere etwa 120 deutsche Kinder gezwungen sind, die Staatsschulen mit polnischer Unterrichtssprache in Rozyszcze und Wolnianka zu besuchen.

Die gewaltsame Absetzung deutscher Geistlicher hat in verschiedenen Gemeinden der Unierten Evangelischen Kirche Ostoberschlesiens eine unhaltbare Lage geschaffen. Typisch sind die Ereignisse in Schwientochlowitz. Dort hat der nach der Amtsenthebung des deutschen Pfarrers Koderich der Gemeinde aufoktroyierte polnische Geistliche Raabe am ersten Sonntag im neuen Jahr den deutschen Gottesdienst, da er mit Recht das Fernbleiben der deutschen Gemeinde befürchtete, ausfallen lassen. Zu dem auf den 6. Januar angesetzten deutschen Gottesdienst ist dann auch außer einer polnisch gesinnten Familie niemand erschienen.

Ohne Befragung der evangelischen Kirchengemeinde, die der Wojewode Grazynski am 22. Dezember v. J. schriftlich versprochen hatte, wurde der polnische Pfarrer Danielczyk vom Vorläufigen Kirchenrat mit dem Sonderauftrag, Gottesdienste und Amts-

handlungen in polnischer Sprache vorzunehmen, nach Kattowitz berufen. Der „Ilustrowany Kurner Codzienny“ brachte diese Meldung unter der bezeichnenden Ueberschrift „Die Hochburg des Deutschtums in Kattowitz eingestürzt“. Die früher in Kattowitz tätigen deutschen Geistlichen, Pastor Schiller und Pastor Dr. Schneider, hatten Polen bereits im vergangenen Jahre verlassen müssen. Der deutsche Pfarrer Dr. Wagner, der bisher die polnischen Gottesdienste in Kattowitz abgehalten hatte, wurde jetzt auf die Stelle des gleichfalls ausgewiesenen deutschen Geistlichen nach Lipine versetzt. Pfarrer der evangelischen Gemeinde Kattowitz ist nach wie vor der gewaltsam seines Amtes enthobene, rechtmäßige Kirchenpräsident D. Voß.

Die evangelische Gemeinde in Ruptau hatte, nachdem ihr langjähriger deutscher Geistlicher, Pfarrer Guttenberger, im Dezember v. J. ausgewiesen worden war, und der Pole Motyka auf Anordnung des Vorläufigen Kirchenrates die Pfarramtsgeschäfte übernommen hatte, um Uebersendung eines deutschen Geistlichen der Unierten Evangelischen Kirche gebeten. Als der deutsche Pfarrvikar Bauer diesem Notruf der Ruptauer Kirchengemeinde folgte und am 13. Dezember seinen Dienst in Ruptau antreten wollte, wurde ihm bei seinem Eintreffen eröffnet, daß er in Ruptau selbst nicht wohnen dürfe, da er in der Grenzzone keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten werde. Bauer nahm darauf seinen Wohnsitz außerhalb der Grenzzone in einer benachbarten Gemeinde. Als er aber von dort nach Ruptau fuhr, um dort als Gastprediger seines Amtes zu walten, wurde er auf der Straße von einem Polizeiauto angehalten und zur Umkehr gezwungen. Er wurde verhaftet und nach Rybnik gebracht. Schließlich wurde ihm jede Amtsausübung in Ruptau verboten. Die Ruptauer Gemeinde, die an dem betreffenden Sonntag auf das Eintreffen des Pfarrvikars Bauer gewartet hatte, beantwortete die Mitteilung des Polen Motyka, daß er den Gottesdienst abhalten werde, damit, daß sie, ohne sich weiter um den Polen zu kümmern, die Kirche verließ. Am ersten Weihnachtsfeiertage hatte Motyka die deutsche Gemeinde von Ruptau durch das Versprechen, daß ein deutscher Geistlicher zu ihr sprechen werde, zum Besuch der Kirche veranlaßt. Als sich dieses Versprechen des Polen als eine Lüge erwies, verließ die Gemeinde wiederum die Kirche und ging geschlossen nach Loslau, um dort an einem deutschen Gottesdienst teilnehmen zu können.

In Nikolai hatten die Eltern der deutschen Konfirmanden nach der Ausweisung ihres deutschen Geistlichen, Pfarrer Leder, den deutschen Pfarrvikar Rutz gebeten, ihre Kinder zu unterrichten. Als am 17. Januar der Konfirmandenunterricht beginnen sollte, erschien im Auftrage des Vorläufigen Kirchenrates ein polnischer Geistlicher namens Broda, untersagte dem Pfarrvikar Rutz die Lehrtätigkeit und teilte mit, daß er selber den Unterricht erteilen werde. Als den deutschen Kindern das mitgeteilt wurde, packten sie ihre Sachen zusammen und gingen nach Hause; dem polnischen Geistlichen ließen sie sagen, daß sie von ihm keinen Unterricht wollten.

Ein Aufruf des Slowakischen Rates

Der im Jahre 1933 in Genf gegründete Slowakische Rat veröffentlichte im vergangenen Jahre unter dem Titel „Der Slowakische Rat an das tschechische Volk“ eine Broschüre, in der er in temperamentvoller und drastischer Form dem tschechischen Volk ins Gewissen zu reden und es vor den katastrophalen Folgen der Prager Politik zu warnen versucht. Aus dieser Schrift sei im Folgenden ein Absatz wiedergegeben, der die Bemühungen der Prager Politiker um eine „Rechtfertigung“ des derzeitigen territorialen Besitzstandes des tschechischen Vielvölkerstaates scharf kritisiert:

Dauernd schreit man Euch in die Ohren: Nicht fürchten! Kühn, heldenhaft bluten, kämpfen, sterben! Schön, schön! Nur daß der Mensch, wenn er schon sein Blut vergießen und in Qualen sterben soll, wissen muß, daß er für eine gute, gerechte Sache kämpft und stirbt. Wer hätte wohl Lust, für eine falsche, unsittliche, ungerechte und schlechte Sache zu kämpfen und zugrunde zu gehen? Ist nun diese Sache, für die sie (die Prager Politiker) Euch in den Tod hetzen, gut und gerecht? Ist es ehrenvoll und schön, für sie das Leben zu opfern? Denkt einmal nach!

Die Deutschen verkünden heute, daß sie wenigstens die ethnographischen Grenzen haben wollen, d. h. daß alles zum deutschen Staat gehören soll, was deutsch

ist und was an das heutige Deutschland grenzt. Und was sagen Eure Politiker dazu? Sie schreien und protestieren: „Nein und abermals nein!" Die Deutschen, dieses große, gebildete und mächtige Volk, haben nicht einmal das Recht auf ethnographische Grenzen. Und ihr? Ihr habt nicht nur Eure ethnographischen Grenzen, habt nicht bloß das in der Republik, was rein tschechisch ist, sondern Eure Führer haben Euch durch Falschheit und Betrug so viel fremde Gebiete ergattert, daß diese mehr ausmachen, als das ethnographische tschechische Gebiet beträgt. So viel fremde Völker haben sie in Euren Staat hineingepreßt, daß Ihr in ihm nur eine Minderheit seid. Und deshalb dachten sie sich dieses lächerliche „tschechoslowakische" Volk aus, damit sie der Welt gegenüber wenigstens eine künstliche Mehrheit ausweisen können. Seid Ihr denn mehr als die Deutschen? Werden für Euch Extrawürste gebraten? Euch soll alles erlaubt sein und anderen nichts? Ist das nicht Großmannssucht? Und ist das nicht Unrecht?

Ihr habt heute in Eurer Republik dreieinhalb Millionen Deutsche und deren Boden. Nicht die Deutschen haben Euch genommen, was tschechisch ist, sondern Ihr habt ihnen gestohlen, was deutsch ist. Mit welchem Recht habt Ihr das getan? Eure Führer antworten: nach historischem Recht. So? Nach historischem Recht? Und die Slowakei und Karpathenrußland? Diese Länder gehörten doch mehr als tausend Jahre zu Ungarn, und Ihr habt sie trotzdem durch Schwindel ergattert. So erachtet Ihr selbst das „historische Recht" für ungültig. Nach Abschluß des Paktes zwischen Berlin und Warschau haben die Polen in großen Demonstrationen an Euren Grenzen sozusagen amtlich darauf hingewiesen, daß Ihr ihnen das Teschener Gebiet im schwersten Augenblick, als sie sich und Europa vor der bolschewistischen Ueberflutung verteidigten, „gestohlen" habt, und daß Ihr ihnen das polnische Teschen zurückgeben müßt. Eure Politiker antworten verneinend. Denn dieses Land gehörte 600 Jahre zu den Tschechen, so daß Ihr darauf ein historisches Recht habt. Wenn aber die Madjaren davon reden, daß sie die Slowakei nicht 600, sondern 1000 Jahre hatten und daß sie darauf ein ererbtes Recht haben, dann erkennen Eure Politiker das historische Recht nicht an und werfen es zum alten Eisen.

Bezüglich der Slowakei berufen sich Eure Politiker auf das ethnographische Recht. Masaryk hat schon in seinem Londoner Memorandum auf dieser Grundlage die Vereinigung der Slowakei mit den Tschechen verlangt, denn angeblich wären die Slowaken Tschechen, ein Volk mit den Tschechen. Als die Welt das nicht glauben wollte, begann man den Schwindel mit dem Namen des neuen „tschechoslowakischen" Volkes. . . Dagegen protestiert die slowakische Nation laut und verzweifelt: Wir sind keine Tschechen, wir sind keine Tschechoslowaken, sondern Slowaken und Slowaken wollen wir auch bleiben. Die tschechoslowakische Nation nennen wir einen Schwindel, einen Betrug, die größte Gaunerei des Jahrhunderts. Auch der Freund und Agent der Tschechen, Seton Watson, lehrt, daß die Slowaken ein Volk für sich seien und demzufolge die „tschechoslowakische völkische Einheit" keine Grundlage habe. Und damit fällt auch die einzige Grundlage der tschechoslowakischen Republik. So ist denn der ethnographische Rechtstitel, auf Grund dessen Eure Diplomaten die Slowakei forderten, falsch. Aber wenn er auch rechtsgültig wäre, hätte er trotzdem keinen Wert; denn Eure Politiker sind in jedem anderen Fall gegen die Ethnographie und ihre Forderungen.

So protestieren sie z. B. gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland, obgleich die Oesterreicher mit den Deutschen wirklich ein Volk bilden. Da gilt die Ethnographie schon nicht mehr! Wenn die Deutschen auf ethnographischer Grundlage die sudetendeutschen Gebiete fordern, dann gilt die Ethnographie auch nicht, nicht wahr? Und daraus folgt: Soll das historische Recht gelten, dann haben die Tschechen weder auf die Slowakei noch auf Karpathenrußland ein Anrecht. Soll aber das ethnographische Recht gelten, dann haben die Tschechen weder ein Anrecht auf die sudetendeutschen Gebiete noch auf das polnische Teschen, weder auf die madjarischen Gegenden, noch auf Karpathenrußland und endlich auch nicht auf die Slowakei, denn die Slowaken sind keine Tschechen. Wie wir gesehen haben, anerkennen Eure Politiker weder die Geschichte noch die Ethnographie,

und daraus erhellt, daß Ihr auf gar nichts ein Recht habt, als lediglich auf das rein tschechische Gebiet.

Der Vollständigkeit halber erinnern wir noch an die Schüttinsel und den ganzen Landstreifen, auf dem Madjaren saßen und noch immer sitzen. Ist es nicht klar, daß dieses Gebiet nach jedem Recht den Madjaren gehört und nicht den Tschechen? Darauf sagen Eure Politiker, daß Eure Republik diese Gegenden aus strategischen Gründen braucht, damit die Donau Eure Grenze bilde. Wenn aber die Madjaren behaupten, daß sie die Karpathen als strategische Grenze brauchen, wollen das Eure Politiker wieder nicht anerkennen. Nun, und das arme Karpathenrußland? Da können sich nicht einmal Eure Politiker auf einen Rechtstitel berufen!

So schaut Eure Republik aus! Sie ist wirklich ein Mosaik, zusammengesetzt aus fremden, den Nachbarn gestohlenen Landstücken. Und für so einen Staat sollt Ihr kämpfen? Für so einen Staat sollt Ihr Euch begeistern und ihn verteidigen? Hat doch auch der Dieb nicht das Recht, das zu verteidigen, was er einem anderen nahm. Eure Führer verübten diesen Diebstahl, und nun wollen sie, daß Ihr für sie und für diesen ihren Diebstahl Euer Blut vergießen sollt. . . Vergeblich würden Euch Eure Politiker sagen, daß die Pariser Verträge Euch die fremden Gebiete zuerkannten. Erstens waren dies keine Verträge, sondern Diktate. Dort wurde nicht verhandelt, sondern diktiert, und die Besiegten waren gezwungen, die Diktate zu unterschreiben. Zweitens, die Machthaber in Paris teilten Euch diese Gebiete auf Grund falscher Angaben, Informationen und Statistiken zu, wie Lloyd George und andere eingestanden. Eure Diplomaten haben auch selbst gefühlt, daß es unmöglich ist, einen solchen Staat wie Eure Republik auf anständige Weise zu gründen, und deshalb nannten sie sich Mafia, d. i. eine Räuberbande nach dem Muster der Organisation sizilianischer Banditen.

Ostland-Chronik

Schöne Worte

Ministerpräsident Slawoj-Skladkowski erklärte am 24. Januar im Budgetausschuß des Sejm zur polnischen Volksgruppenpolitik: Das polnische Volk solle sich darüber klar sein, daß das Schicksal Polens in bedeutendem Maße von seinem Verhalten gegenüber den nationalen Minderheiten abhängt. Es solle darauf bedacht sein, daß sein Verhältnis zu den Minderheiten immer „in Uebereinstimmung mit der Tradition und der Würde des großen Geistes dieses Volkes" stehen müsse. Darum müßten alle Erscheinungen der Unduldsamkeit und des Hasses von Seiten des polnischen Volkes gegenüber seinen Minderheiten für einen schweren Fehler gehalten werden, der sich früher oder später an Polen rächen werde. Es sei des polnischen Volkes unwürdig, sich in einer Weise zu rächen, die die Rechtsordnung verletze oder das Leben der Minderheiten erschwere, mit denen es zusammenleben müsse. Besondere Rechte für die polnische Mehrheit zu schaffen, sei falsch; denn es verrate einen Mangel an Vertrauen in die eigene Kraft. Die Minderheiten ihrerseits müßten Loyalität beweisen. Das sei die Vorbedingung ihrer Gleichberechtigung. Die Regierung müsse über allen Konflikten zwischen Mehrheit und Minderheit stehen. Sie habe das Wohl des Staates im Auge zu halten und habe daher alle Kräfte von Mehrheit und Minderheit für das gemeinsame Wohl einzusetzen. „Ich möchte lieber", so schloß der Ministerpräsident, „eine starke und wohlhabende Ukraine sehen als eine hungrige, schlecht versorgte, die unwillig ist gegenüber dem Staat". Solche Worte aus dem Munde polnischer Ministerpräsidenten sind nicht neu. Neu wäre es aber, wenn sich die untergeordneten Organe des polnischen Staates nach solchen Worten richten würden und wenn der Ministerpräsident selber die gesetzlichen Maßnahmen seiner eigenen Regierung danach ausrichten würde.

Deutsch-polnische Besuche

Am 17. Januar traf unter Führung des Kommandeurs der Berliner Kriegsakademie, Generals Liebmann, eine deutsche Militärabordnung zu einem mehrtägigen Besuch in Polen ein. Der Besuch galt als Erwiderung des Besuches, den im Jahre 1935 der Kommandant der Kriegsschule, General Kutrzeba, der deutschen Wehrmacht abgestattet hatte. — Am 19. Januar sprach auf Einladung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas der Direktor des Staatlichen Exportinstituts in Warschau, M. von Turski, in Berlin über Industrialisierung und Außenhandel Polens. — Mit einem Gastspiel in der Berliner Staatsoper begann das Ballett der Warschauer Oper am 27. Januar eine Tourné durch Deutschland; die Berliner Veranstaltung stand unter dem Protektorat des Reichsministers Dr. Goebbels und des polnischen Botschafters Lipski. — Staatssekretär Dr. Schlegelberger sprach auf Einladung der polnischen Gruppe der Arbeitsgemeinschaft für die deutsch-polnischen Rechtsbeziehungen am 25. Januar in Warschau über die Entwicklung des Rechtes im Dritten Reich. — Der Generalintendant der Hamburger Staatsoper, E. K. Strohm, inszenierte in Posen die Oper „Der fliegende Holländer“ von Wagner. Im Berufsverband der polnischen Literaten hielt er einen Vortrag über die Arbeit des Operntheaters der Gegenwart. — Am 31. Januar führte das Preußische Staatstheater Berlin Lessings „Emilia Galotti“ in Kattowitz in der Inszenierung des Generalintendanten Gustav Gründgens auf; außer diesem traten in den Hauptrollen auf: Käthe Dorsch, Marianne Hoppe, Hermine Körner, Günther Hadank, Friedrich Kayßler, Wolfgang Liebeneiner und Bernhard Minetti.

Urteil gegen Dr. Ulitz bestätigt

In Wahrung der berechtigten Interessen deutscher Eltern hatte der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Dr. Ulitz, seinerzeit in einer Beschwerde über die an einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache unterrichtende polnische Lehrerin Anna Sadzinska darauf hingewiesen, daß diese die deutsche Sprache ungenügend beherrsche. Die Polin hatte darauf Dr. Ulitz wegen Verächtlichmachung des Lehrerstandes (!) verklagt, verstand es dann aber, als sie vor Gericht ihre angeblich ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse nachweisen sollte, den Verhandlungstermin immer wieder hinauszuzögern, so daß sie in der Zwischenzeit reichlich Gelegenheit zu weiterer Ausbildung hatte. Das Gericht aber wagte es, als es endlich zur Verhandlung kam, schließlich doch nicht, die Klägerin auf die Probe zu stellen. Den vom Beklagten beigebrachten Zeugen wurde kein Glauben geschenkt. Dr. Ulitz wurde zu einer Woche Arrest und 300 Zloty Geldstrafe verurteilt. Am 24. Januar d. J. wurde in der Berufungsverhandlung dieses Urteil bestätigt. Die Folgerung, die aus diesem Vorgang zu ziehen ist, ist die, daß sich ein Vertreter der deutschen Volksgruppe, der bei den polnischen Behörden eine berechtigte Beschwerde einreicht, der Gefahr einer gerichtlichen Verurteilung aussetzt.

Neues deutsches Kirchenblatt

Anfang Januar hat ein neues deutsch-evangelisches Kirchenblatt für die deutschen Gemeinden der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen zu erscheinen begonnen. Das Blatt kommt unter dem Namen „Lutherérbe in Polen“ wöchentlich heraus; als Herausgeber zeichnen Pastor D. Alfred Kleindienst in Luzk (Wolhynien) und Pastor Eduard Kneifel in Brzeziny bei Lodz. Im Geleitwort zur ersten Nummer hat es u. a. geheißen: „Während die polnischen Glieder unserer Kirche sechs Gemeindeblätter besitzen, haben die deutschen Glaubensgenossen nur zwei, obwohl die Zahl der deutschen Evangelischen viermal so groß ist. . . Zwar haben erst vor kurzem,“ so heißt es weiter, „zwei Gemeindeblätter lokalen Charakters (‚Evangelisch-Lutherischer Weichselbote‘ und ‚Wolhynischer Bote‘) ihr Erscheinen eingestellt, doch gerade das Eingehen dieser Blätter beweist, daß im deutschen Teil unserer Kirche immer mehr die Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft und der Zusammengehörigkeit heranreift. . . Andererseits soll unser Blatt dem engeren Zusammenschluß der deutschen Gemeinden innerhalb unserer Kirche dienen, damit nicht die gegenseitige Entfremdung größer wird und den Bestand des deutschen Teils der Kirche gefährdet. Das Blatt will . . . zur Wahrung des Bestandes des deutschen Protestantismus in Polen nach Kräften beitragen“.

Bücher über den Osten

Magdeburg als Hauptstadt des deutschen Ostens im frühen Mittelalter. Von Albert Brackmann. H. Schmidt und C. Günther Pantheon-Verlag für Kunstwissenschaft, Leipzig 1937. 88 Seiten und 16 Kunstdrucktafeln. — Am 21. September 937 gründete Otto der Große das St. Moritzkloster zu Magdeburg. Damit legte er den Grundstein zu einer Entwicklung, die diesen Brückenplatz an der damaligen Grenze des Reiches zu einer der in der deutschen Ostgeschichte ruhmvollsten Namen machen sollte. Zwar mußte schon Otto der Große das Scheitern seines Planes, Magdeburg, das er neben Aachen und Rom als Hauptstadt des Reiches stellte, zum Vorort des weiten europäischen Ostens zu machen, feststellen. Und auch dem Privileg von 1133, durch das Papst Innocenz II. in Bestätigung eines Privilegs von 962 den ottonischen Plan einer Unterordnung der Bistümer nicht nur zwischen Elbe und Oder, sondern auch jenseits der Oder in Pommern und Polen unter das Erzbistum Magdeburg zu erneuern versuchte, blieb der Erfolg schließlich versagt. Aber in anderer Form konnte der Gedanke des großen Sachsenkaisers doch Wirklichkeit werden: Als bahnbrechender Faktor der deutschen Wiederbesiedlung des Ostens (unter Erzbischof Wichmann) und als Schöpferin eines für den ganzen Osten bis nach Rußland hinein maßgebenden höheren deutschen Rechtes wurde die Stadt an der Elbe doch schließlich die kulturelle Hauptstadt des Ostens und übte als solche auf Jahrhunderte hinaus einen die Lebensformen und die politischen Geschehnisse dieses weiten Raumes maßgeblich bestimmenden Einfluß aus. Ueber diese ersten Jahrhunderte der Magdeburger Geschichte, über die gewaltigen Gedanken, die sie bewegten, über die Gegenkräfte, die sich gegen die Entfaltung Magdeburgs von Osten her erhoben, über den dreifachen Zwiespalt zwischen Reichspolitik und Ostpolitik, zwischen Kaisertum und Papsttum, zwischen Reichsgewalt und Fürstenpolitik, der sich lähmend auf die Verwirklichung der sich mit Magdeburg verbindenden Pläne legte, berichtet der Verfasser aus der Fülle seines überlegenen Wissens in sachlich ruhiger und doch zugleich ungemein packender Form. In ihrem historischen Gehalt und in der Form der Darstellung ist die Arbeit Brackmanns eine vorbildliche Leistung. Dr. K.

Das Staatsverteidigungsgesetz im Volkstumskampf der CSR. Von Oswin Poetschke. Grenzlandverlag Krueger und Horn, Dresden A 1, 1937. 54 Seiten. — In dieser Broschüre wird das berüchtigte tschechische Staatsverteidigungsgesetz einer Betrachtung auf seine volkspolitischen Motive und Auswirkungen hin untersucht. Sie beginnt daher mit einem Blick auf die Thesen der deutschfeindlichen Propaganda der Klofatsch, Kuffner usw., die während des Krieges die Auslieferung nicht nur der sudeten-, sondern auch weiter reichsdeutscher Gebiete an das ihnen vorschwebende tschechische Staatswesen verlangten und zugleich die ihnen zur Sicherung eines so aufgeschwemmten Staatsgebietes notwendig erscheinenden brutalen Ausrottungs- und Verdrängungsmaßnahmen anpriesen. Was das Gesetz, das in seinem wesentlichen Inhalt eine legislative Verwirklichung dieser seinerzeitigen Vorschläge darstellt, in volkspolitischer Hinsicht bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß 85 v. H. der Sudetendeutschen innerhalb der durch das Gesetz geschaffenen Grenzzone siedeln, in welcher der Militärbehörde nahezu unbegrenzte Befugnisse gegenüber der Person und dem Besitz der Bewohner zustehen. Im einzelnen werden dann die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes behandelt und an Beispielen deren praktische Auswirkungen geschildert. Insbesondere wird der im Gesetz eine maßgebliche Rolle spielende Begriff der „staatlichen Unzuverlässigkeit", der der Behörde jede Möglichkeit offenläßt, ohne Angabe von Gründen gegen jede beliebige Person die im Gesetz vorgesehene Zwangsmaßnahme zu ergreifen, einer aufschlußreichen Kritik unterzogen. Lehrreich ist der Abriß über die Vorgeschichte des Gesetzes, in dem an Hand zahlreicher tschechischer Aeußerungen der eigentliche Zweck dieses volkspolitischen Kampfgesetzes noch einmal klargestellt wird. Es ist zu begrüßen, daß dieses Gesetz, dessen Wesen und Inhalt der reichsdeutschen Oeffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt sind, hier in gedrängter Form auf seine volkspolitische Bedeutung hin geprüft worden ist. Der Kampf des Sudetendeutschtums um sein Lebensrecht wird erst dann so recht begreiflich, wenn man die brutale Willkürherrschaft und Vernichtungsdrohung kennt, die in dem Staatsverteidigungsgesetz ihre rechtliche Grundlage gefunden haben. Dr. K.

Deutsche Bauern in Ungarn. Von Erna Piffl. Mit einführenden Beiträgen von Arthur Haberlandt und Ernst Rieger. Verlag Grenze und Ausland. Berlin 1938. 64 Seiten mit 40 mehrfarbigen Bildern. Preis Leinen 7,50 RM. — Erna Piffl, eine junge Wiener Künstlerin, hat mit diesem schmalen, schönen Buch eine Arbeit über eine auslanddeutsche Volksgruppe vorgelegt, wie sie in dieser Art bisher noch nicht existiert. Diese Arbeit trägt die Kennzeichen des Selbsterlebten und Improvisierten; sie wirkt gerade dadurch überzeugend und ergreifend. Von den deutschen Bauern in Ungarn, im Bakonyerwald und im Schildgebirge, in der Schwäbischen Türkei und in der Batschka, ist die Rede. Ueber Familiennamen und Volksbrauch dieser deutschen Bauern wird gesprochen. Schwänke und Reime werden mitgeteilt. Vom Volksglauben wird erzählt und vor allem von den deutschen Bauerntrachten in Ungarn. Und diese Trachten werden nicht nur in Worten beschrieben, sondern in etwa 40, meist mehrfarbigen Bildern, die

die Künstlerin auf ihren Wanderungen durch die deutschen Dörfer Ungarns so, wie sie vorgefunden, und mit den Menschen, die sie trugen, gemalt hat. Mit Stift und Pinsel hat sie lebendiges deutsches Volkstum entdeckt. Sie zeichnet und malt als Künstlerin, die das Leben einfängt, mit der Genauigkeit einer Modellzeichnerin, der auch die kleinste Verzierung an einem Kleide wichtig ist, und zugleich mit dem wissenschaftlichen Spürsinn, der sie als geschulte Volkskundlerin auszeichnet. Die prachtvollen Bilder haben durch den Druck nichts von ihrer Ursprünglichkeit und farbigen Wärme verloren. In zwei einleitenden Aufsätzen berichten Prof. Haberlandt und Dr. Rieger über das Werden der deutschen Volkstrachten im Osten und über die Entwicklung des Deutschtums in Ungarn. „Der deutsche Grenzraum", so schreibt Prof. Haberlandt u. a., „aber auch die deutsche Volkskultur als Ganzes haben den westlichen Slawen und den Madjaren eine Fülle von Anregungen und Vorbildern in der handwerklichen Ausfertigung und in der modischen Zurichtung ihrer volkstümlichen Trachten zugemittelt, wie heute eine landschaftlich vertiefte Trachtenkunde darzutun vermag." Dr. K.

Der Admiral. Drei Novellen von Eberhard Wolfgang Möller. Verlag Albert Langen-Georg Müller, München 1937. 54 Seiten. Preis 0,80 RM. — Möller weiß die sonderbaren Schicksale und die fast unwirkliche Atmosphäre, in der sie sich abspielen, mit großer Meisterschaft zu schildern: die Geschichte des britischen Admirals Sir Shovell, der zweimal mit seinen Flotten an den Riffen der Scillyinseln zerschellte, die Geschichte des um die Befreiung Spaniens vom napoleonischen Joch verdienten Regiments Santa Maria del Rey, das auf Befehl des Königs bis auf den letzten Mann erschlagen wurde, und die Geschichte des deutschen Soldaten, der seine Truppe verließ und, in einer unerklärlichen Erinnerung befangen, Haus und Hof eines französischen Bauern versorgte. Dr. K.

Stephan Ludwig Roth. Ein Märtyrer des Deutschtums in Siebenbürgen. Auswahl aus seinen Schriften und Briefen von Otto Folberth. Verlag Albert Langen-Georg Müller, München 1937. 76 Seiten. Preis 0,80 RM. — Diese Schrift, der der Herausgeber einen Lebensabriß Roths vorausgeschickt hat, ist dem bedeutendsten Manne gewidmet, den das Siebenbürger Sachsentum hervorgebracht hat. Man kennt Stephan Ludwig Roth zumeist nur als den Märtyrer des siebenbürgischen Deutschtums, der aufrecht und stolz als ein Bekenner seines Volkes vor die Gewehre der wortbrüchigen Madjaren trat. In der Auswahl aus seinen Schriften, die das vorliegende Bändchen enthält, lernt man ihn auch als einen seiner Zeit vorauseilenden Vorkämpfer der Volksbildung kennen, als einen volksverbundenen Wirtschaftspolitiker, der um die Hebung der siebenbürgischen Landwirtschaft bemüht war, als einen Wiedererwecker der deutschen Ostkolonisation, dessen gut anlaufendes Siedlungswerk nur durch die kriegerischen Ereignisse des 48er Jahres wieder zerstört worden ist, und als einen Politiker, der mutig seine Stimme für die Rechte der Sächsischen Nation gegen die madjarische Anmaßung erhob. Roth war ein Führer und Erwecker seines Volkes. Für sein Lebenswerk gilt sein Wort: Wer lieber den Tod erleidet, als die Waffen streckt, kann nicht überwunden werden. Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 2-8. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Jllstr. 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Berlin W 15. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

Blutgericht
WEINGROSSHANDLUNG
Gegründet 1738 • Fernruf 30575 und 38001
Hiftorifche Weinftuben im alten Ordensfchloß zu Königsberg Pr.

Der **Beamten-Spar- u. Darlehnskassen-Verein** für Oftpreußen in
Königsberg Pr.
Königstraße 39
ist das Geldinstitut des oftpreußischen Beamten und Behördenangestellten

Hauptbahnhof Königsberg Pr.
4 Wartesäle, Gesellschaftsraum, Kegelbahn
ff. Speisen und Getränke

Alfred Leo
Möbeltransport — Spedition
Königsberg Pr., Steindamm 65-67



FELLENBERG
Kommandit-Ges.
Zementwaren und Steinholzfußböden
Königsberg Pr.
Friedländertorplatz 5



Die Werbung im „Ostland" bringt Erfolg!

Erich Tobias
Maschinenbaumeister
Maschinen- u. Apparatebau
Konstruktionen
Königsberg Pr.,
Vorstädt. Langgasse 20
Fernsprecher 45 701

F. Trittmacher
Spedition u. Großfuhrbetrieb
Königsberg Pr.
Kaiser(?)…

Gebr. Kittler
Leder für alle Zwecke
Königsberg Pr.
Altstädtische Bergstr. 11

Kompl. Zimmer und **Einzelmöbel**
gut und preiswert
Tischlermeister
A. Thurau, Möbelgeschäft
Königsberg, Vorst. Langgasse 98
Annahme von Ehestandsdarlehn

Stets das Neueste aller Literaturgebiete
finden Sie in unserer
Buchhandlung und Leihbücherei
Monats- und Wochen - Abonnement
Steindamm-Bücherei
Königsberg Pr., Steindamm 9b
am Nordbahnhof Ruf 36654

Spendet für die Winterhilfe!

„Heinzelmännchen"
Inh.: Gertrud Danat
Lichtpausanstalt u. Vervielfältigungsbüro
Königsberg Pr., Lutherstr. 8. Ruf 39005

Dieckert & Jautschus Nachf.
Inh. Arthur Gerber
Königsberg i. Pr., Löbn. Langg. 5
Leder f. Schuhmacher u. Sattler

Oskar Gehlhaar
Königsberg Pr. — Juditten
Fernsprecher 20057
Gewächshausbauten und Eisenkonstruktion Heizungsanlagen

Johanna Gerlach
Königsberg, Mittel-Tragheim 20
Fernruf 32 790
Papierwaren, Büroartikel, Zeichenbedarf, techn. Papiere



Steindamm 139
MÖBELFABRIK
und Einrichtungshaus

Bernh. Teichert
Buch- u. Kunsthandlung
KÖNIGSBERG PR.
Gr. Schloßteichstraße 8

Ferd. Beyer's Buchhandlung
Königsberg Pr., Französischestr. 25

Tapeten-Balatum
Johs. Dikti, Königsberg Pr.
Vorstädt. Langgasse 93